

Ökonomische und politische Bildung werden in NRW gleichermaßen gestärkt

Stellungnahme zur geplanten Änderung der Lehramtszugangsverordnung, Vorlage 17-4275

Bereits 2017 hat die nordrhein-westfälische Landesregierung im **Koalitionsvertrag** festgehalten, dass sie „an allen weiterführenden Schulen das Schulfach Wirtschaft etablieren [wird].“ Dieser Zielsetzung wurde 2019/20 an den Gymnasien und 2020/21 an allen weiterführenden Schulen der Sekundarstufe I Rechnung getragen. Zwar wurde an den meisten Schulen kein Schulfach „Wirtschaft“ eingeführt, aber es wurden strukturelle Maßnahmen ergriffen, die zur Stärkung der ökonomischen Bildung beitragen. Dabei hat die Landesregierung bewusst auf einen sanften Übergang gesetzt.

Nachdem das **Fach „Wirtschaft-Politik“** nun seit zwei Jahren am Gymnasium und seit einem Jahr an den anderen Schulformen der Sekundarstufe I unterrichtet wird, soll konsequenterweise die Ausbildung der Lehrkräfte angepasst werden. So wie im Schulunterricht bereits geschehen, soll aus dem Lehramtsstudiengang „Sozialwissenschaften“ der neue Studiengang „Wirtschaft-Politik“ werden.

Das Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland begrüßt diesen Schritt hin zu einer zukunftsorientierten Lehrkräfteausbildung. Dafür lassen sich mehrere Argumente benennen:

- (1) Wenn ein Fach in der Schule neu eingeführt oder umbenannt wird, dann ist es folgerichtig, auch die Lehrkräfteausbildung mittelfristig anzupassen. Alles andere wäre unseriös. **Schulfach und Lehrkräfteausbildung müssen systematisch aufeinander abgestimmt sein.** Nur so können die Universitäten auch zukünftig Studiengänge anbieten, die den unterrichtlichen Anforderungen entsprechen.
- (2) Die Doppelfach-Kombination „Wirtschaft-Politik“ oder „Politik-Wirtschaft“ hat sich bereits in einigen Bundesländern wie Schleswig-Holstein, Niedersachsen oder Hessen am Gymnasium durchgesetzt. Auch andere Doppelfächer wie „Wirtschaft und Recht“ in Bayern sind erfolgreiche Modelle. Wenn ein eigenständiges Fach „Wirtschaft“ nicht möglich ist, hat sich gezeigt, dass die Integration verschiedener Domänen in einem Fach **am besten in Doppelfächern** funktioniert. Zwei Bildungsanliegen in einem Fach sind unter bestimmten Bedingungen zu bewältigen.
- (3) Es gibt in der öffentlichen Diskussion viel Zuspruch für die **Förderung der politischen sowie der ökonomischen Bildung.** Auch in der wissenschaftlichen Literatur liegen zu beiden Feldern zahlreiche fachdidaktische Konzepte, empirische Studien und unterrichtspraktische Umsetzungsbeispiele vor. Das neue Fach „Wirtschaft-Politik“ stärkt beide Bereiche gleichermaßen. Es bietet bessere Rahmenbedingung für die Herausbildung von demokratischen und ökonomischen Urteils-, Entscheidungs- und Handlungskompetenzen als die bisherige Regelung.
- (4) Die Landesregierung hat zugesichert, dass aktuell Studierende, Referendar*innen und bestehende Lehrkräfte des Faches „Sozialwissenschaften“ auch die **Fakultas für „Wirtschaft-Politik“ erhalten bzw. beibehalten** werden. Damit ist der Unterricht in dem neuen Fach ebenso gesichert wie die Kontinuität der Personalplanung und die beruflichen Rahmenbedingungen für die bestehenden Lehrkräfte. Zusätzlich werden Weiterbildungen angeboten, die als eine Chance für die Modernisierung des Faches angesehen werden können.

Wir halten die vorgeschlagene Anpassung der Lehramtszugangsverordnung daher für folgerichtig. Sie ergibt sich zwingend aus der bereits erfolgten Anpassung der Studententafeln und Kernlehrpläne und sollte entsprechend der Vorlage umgesetzt werden.

Insgesamt ist die Einführung des Schulfachs „Wirtschaft-Politik“ in Nordrhein-Westfalen aus unserer Sicht ein großer und wichtiger Schritt, der **auch für andere Bundesländer Vorbildcharakter** haben kann. Der damit verbundene **didaktische und fachwissenschaftliche Anspruch** geht über eine bloße Schwerpunktverschiebung allerdings weit hinaus, weil Wirtschaftsunterricht nicht nur neue Themen und Lerninhalte anspricht, sondern zusätzliche Erschließungsmöglichkeiten bietet – etwa im Hinblick auf Wirkungszusammenhänge, die Wirkung von Anreizmechanismen, soziale Dilemmata oder ethische Fragestellungen im Kontext großer Gruppen –, die im bisherigen Curriculum so nicht angesprochen wurden. Lehrerinnen und Lehrer, die in diesem Sinne Wirtschaft unterrichten sollen, dürfen mit dieser Herausforderung auf keinen Fall allein gelassen werden.

Vor diesem Hintergrund begrüßen wir das zügig erfolgte **Angebot von Zertifikatskursen und Erweiterungsstudiengängen**, die es den Fachleiter*innen und anderen engagierten Lehrkräften ermöglichen, ihre fachlichen und fachdidaktischen Kenntnisse im Bereich der ökonomischen Bildung zu vertiefen. Zur Erreichung eines möglichst hohen und einheitlichen Qualitätsstandards, vor allem aber **als Zeichen der Anerkennung und zur Entlastung** der Betroffenen empfehlen wir jedoch dringend, diese Fortbildungsmaßnahmen finanziell und personell so zu fördern, dass den Schulen und Lehrer*innen, die sich durch ihre Teilnahme aktiv an der Stärkung der ökonomischen Bildung in NRW beteiligen, dadurch **keine Kosten oder anderweitigen Nachteile** entstehen.

28. Januar 2021

Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland